

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3/ 2023

NEUTRALITÄT

Der Beitrag von Botschafterin a.D. Gabriele Matzner bezieht sich auf einen Kommentar des Völkerrechtsexperten Franz CEDE (Cede war u.a. Botschafter in Russland, Belgien und bei der NATO) in der Wiener Zeitung vom 24.5.2023.

Cede sieht durch Russlands Angriffskrieg die internationale Völkerrechtsordnung und die Sicherheitsarchitektur nach dem II. Weltkrieg in ihren Grundfesten erschüttert. Das Leitmotiv des Westens sei nicht mehr "keine Sicherheit ohne Russland", sondern aktuell "Sicherheit vor Russland". Somit sei es klar, dass eine Standortbestimmung für Österreichs Sicherheitspolitik notwendig sei und damit unsere Neutralität zur Disposition stehe. Die Neutralität hätte durch die EU-Mitgliedschaft in diesem Feld schon heute keine Bedeutung mehr. Ebenso sollte Österreich einer Beistandspflicht solidarisch nachkommen, ohne sich auf die "Irische Klausel" zu berufen. Die Bevölkerung sehe in der Neutralität Sicherheit im Konfliktfall. Das sei trügerisch. Auch die Minenräumung auf ukrainischem Staatsgebiet hält Cede für neutralitätskonform. Die Neutralität könne jederzeit anders interpretiert oder ganz abgeschafft werden, ohne das Völkerrecht zu verletzen, meinte Cede.

Mit dieser eher unkritischen Sichtweise setzte sich Gabriele Matzner, Botschafterin a.D., in einem ausführlichen Gegenkommentar (WZ 6.6.2023) auseinander, den betrifft friedem nachstehend im vollen Wortlaut des Originaltexts abdruckt. (red)

WIE HALTEN WIR ES MIT DER IMMERWÄHRENDEN NEUTRALITÄT?

GABRIELE MATZNER

Wieder einmal scheint für manche die Zeit gekommen, Österreichs Neutralität in Frage zu stellen, wie Franz Cede kürzlich in einem Gastkommentar wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Gewiss, dieser völkerrechtswidrige Krieg ist zu verurteilen. Aber welche Grundfesten erschüttert er, bedenkt man die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte? Seit dem Ende des Kalten Krieges war eine neue Nonchalance im Umgang mit Völkerrecht und Gewaltverbot zu beobachten...

Weiter auf Seite 3



Foto: Archiv betrifft friedem

IN DIESER AUSGABE

Temine zum Gedenken an Hiroshima und Nagasaki

>>> Seite 2

6. Humanitarian Congress Vienna

>>>Seite 5 - 6

Vienna Peace Summit 2023

>>> Seite 7

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das schwedische Friedensforschungsinstitut **SIPRI** hat kürzlich einen Bericht zur den **Atomwaffenarsenalen** veröffentlicht. Auch wenn die Anzahl der Atomwaffen leicht zurückgeht (durch Entfernung alter Sprengköpfe), gibt es eine andere besorgniserregende Entwicklung. Die unruhige Weltlage führt zu einer gestiegenen Anzahl von Sprengköpfen, die für den sofortigen Einsatz bereit gehalten werden. Alle Nuklearmächte modernisieren und erweitern ihren Bestand. Besonders China hat die Anzahl erheblich erhöht.

Derzeit findet - vornehmlich in Deutschland - die bislang größte Luftverteidigungsübung der NATO – **Air Defender 2023** – statt. Im Rahmen dieses Manövers werden griechische Kampfflugzeuge (angemeldet) den österreichischen Luftraum überfliegen. Zur Feier des 1. Jahrestages der Partnerschaft zwischen Bundesheer und **Vermont National Guard/USA** (siehe betrifft frieden 5/2021) werden zwei F-35 Kampfflieger und eine C17 „Globemaster III“ Transportmaschine aus dem Manövergebiet nach Zeltweg kom-

men. Die F-35 ist jener Flugzeugtyp, mit dem die neuen in Europa stationierten NATO-Atombomben künftig zu ihren Zielen geflogen werden.

Der Ministerrat hat Mitte Juni eine Beteiligung von bis zu zehn Bundesheerangehörigen an der NATO Ausbildungs- und Beratungsmission im Irak (**NMI NATO MISSION IRAQ**) beschlossen. Grundlage ist die Resolution 2249 des UN-SiR (20.11.2015). Ziel ist u.a. die Unterstützung gegen Terrorismus und illegale Migration.

Wir danken allen Bezieherinnen und Beziehern von betrifft frieden, die ihre MB oder Abos für 2023 eingezahlt haben und ersuchen alle anderen, der anstehenden Erinnerungsaktion aus Portersparnisgründen zuvor zu kommen. (Kontodaten S. 8)

Manfred Sauer, Redaktion

Gedenken an die Atomwaffeneinsätze gegen Hiroshima und Nagasaki 1945

6. Aug. 2023 Wien, Stephansplatz, ab 18 Uhr, Laternenzug zum Teich vor der Karlskirche um ca. 20.30 Uhr

Hiroshima-Gruppe, Wiener Friedensbewegung, Österr. Friedensrat, ICAN, IPPNW, Int. Versöhnungsbund, Rotes Kreuz, internationale Delegation zur NPT-Konferenz

25 Jahre Grußbotschaften. Ihr/Dein Statement an pax.vienna@chello.at

9. Aug. 2023 Wien, Friedenspagode, 1020 Wien, Hafenzufahrtsstr. (U2 Donaumarina, Bus 79A und 79B), 20 Uhr

12. Aug. 2023 Melk, Fußgängerzone, 10 – 13 Uhr

Südwindfest

Am diesjährigen Südwindfest (3./4. Juni) waren der Internationale Versöhnungsbund und die Friedensbewegung vertreten. Terminflugblätter, Zeitungen und Bücher wurden angeboten und zahlreiche Gespräche geführt. Das Foto (Archiv betrifft frieden) zeigt des Stand der Friedensbewegung.



NEUTRALITÄT

Das angeblich stabile Nachkriegssystem ging in Wahrheit mit dem vermeintlichen "Sieg" des Westens, der "transatlantischen Gemeinschaft", zu Ende. Eine Reihe verlustreicher, großteils völkerrechtswidriger, letztlich verlorener Kriege mit Millionen Toten gehen auf das Konto dieser Gemeinschaft, die sich unter US-Hegemonie eine Zeitlang zum Weltpolizisten aufschwang. Es schien, dass in den letzten 30 plus-Jahren Völkerrecht, UNO und andere internationale Organisationen "Auslaufmodelle" wurden. Wirklich sicher konnte sich der Großteil der Menschheit auch schon vor diesem Krieg nicht fühlen. Der Pegel gefühlter Schutz- und Ratlosigkeit vor allerlei Krisen und Gefahren steigt bereits seit Längerem an.

Ein weiteres Argument, nämlich eine stabile politisch-militärische Ge- und Entschlossenheit des Westens, bei der man als Neutraler nicht abseits stehen dürfe, entspricht nicht der Realität. Neben gemeinsamen Interessen und Pfaden verfolgen alle auch eigene und nuancierte. Auch die EU Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist nicht in Stein gemeißelt, ist im Fluß und bedarf der Abstimmung. Neutralität ist dabei kein Hindernis, die Neugestaltung der Verfassung erlaubt uns diesbezüglich etwas Spielraum, die sogenannte "Irische Klausel" zu nutzen.

Für Cede ist die von einer stabilen großen Bevölkerungsmehrheit bevorzugte Neutralität kein Teil österreichischer Identität. Das mag sein, aber die Kriegsmüdigkeit steckt in den Genen: Österreich hat seit der Schlacht bei Belgrad 1717 vor mehr als 300 Jahren keinen Krieg mehr gewonnen und mindestens zweimal sich als kleiner Bruder an der Seite eines mächtigeren Nachbarn in Katastrophen begeben. Die Vorstellung, dass man als Teil eines Militärbündnisses geborgen ist, mag daher auf quasi erworbene Herdenimmunität stoßen. Sie ist auch historisch widerlegt. Der Bevölkerung ist vielleicht noch erinnerlich, dass Österreich durch seine Neutralitätspolitik hohes internationales Ansehen genoß und sich immer wieder nützlich machen konnte, bei der Entspannung zwischen Ost und West und im völkerrechtlichen und humanitären Bereich etwa.

Für die Aufgabe der Neutralität spreche auch, dass wir mit dem EU-Beitritt ja eigentlich längst nicht mehr neutral seien, jedenfalls nicht für die EU- Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Von der ursprünglichen Neutralität sei nur ein "bescheidener Rest" geblieben (dem Volk war zum Beitritt anderes versprochen worden). Es gelte in der EU vielmehr das Prinzip Solidarität und eine Art (auch militärischer) Beistandspflicht im Angriffsfall, die Vorrang vor Neutralität habe.⁽¹⁾ Wenn es diese Pflicht gibt, so gilt sie natürlich auch gegenüber Österreich, und auch wenn es neutral bleibt. Dass es keine absolute Sicherheit gibt, dass Neutralität per se einen solchen Schutz nicht bieten kann, ist übrigens keine neue Erkenntnis, die den Status in Frage stellen sollte.

Was also brächte die Abschaffung der Immerwährenden Neutralität? Wozu sollte Österreich der NATO beitreten, denn das ist doch das einzig logische Motiv für das Begräbnis der "Rest-Neutralität". Auch NATO-Mitgliedern ist übrigens militärischer Beistand nicht automatisch garantiert. Schon die geographische Lage lässt es überdies unwahrscheinlich scheinen, dass Russland (wie offenbar angenommen) Österreich überfallen würde, liegen doch die NATO-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn zwischen uns.⁽²⁾ Wie vernünftig wäre es, die Neutralität ausgerechnet dann zu begraben, wenn die Hütte brennt? Hat etwa die Schweiz die ihre aufgegeben, als ein viel brutalerer und verbrecherischer Krieg ringsum tobte, ausgelöst von einem viel bedrohlicheren unmittelbaren Nachbarn? Und was können Militärbündnisse (und Hochrüstung!) gegen die großen Bedrohungen für die Menschheit, allen voran den Klimawandel, ausrichten?

Neutralität sollte als ebenso großer zivilisatorischer Fortschritt gelten und entwickelt werden wie Integration. Statt ein Begräbnis vorzubereiten, sollten wir diskutieren, wie wir sie (wieder) glaubwürdig machen können, ohne Selbstüberschätzung, aber mit Selbstbewusstsein.

Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die sogenannte "westliche Wertegemeinschaft" ein Auslaufmodell ist. Ihre Macht erodiert schon seit geraumer Zeit. Neben

(1) Diese Interpretation des Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags von Lissabon teilen meines Wissens nicht alle ExpertInnen.

(2) Das ist im Norden Europas anders: Finnland hat eine lange Grenze mit Russland und Schweden mit der Insel Gotland in der Ostsee ein potentielles Angriffsziel. Im Übrigen war deren "Neutralität" rechtlich nicht mit unserer vergleichbar.

NEUTRALITÄT

den Üblichen Verdächtigen, wie Russland&Co, China, emanzipieren sich immer mehr Länder des "Globalen Süden" von westlicher Hegemonie, bilden neue Gruppierungen und Institutionen. Frustration und Unverständnis über westliche Politik steigen, nur ca. 40 der insgesamt 193 Mitgliedsstaaten der UNO machen bei der Sanktionspolitik gegen Russland mit. Versuche, Gespräche und Verhandlungen zu fördern, die eventuell zu Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine führen, gehen leider nicht von Österreich aus, sondern von blockfeien Ländern aus dem Globalen Süden.

Ist der Westen nicht immer mehr isoliert? Wäre es nicht Zeit für Neubesinnung und einen Brückenschlag zum großen "Rest" der multipolaren Welt, statt etwa nun auch (zunächst verbale und wirtschaftliche) Geschütze gegen China in Stellung zu bringen? Zu einer der multipolaren Konstellation Rechnung tragenden Neubesinnung könnte Österreich beitragen und so seiner Neutralität neues Leben einhauchen. Wir hatten über Jahrzehnte Übung mit einer

konstruktiven aktiven Außenpolitik. Deren Ziele und Mittel waren: Hilfe bei Konfliktbearbeitung, Streitbeilegung, freier Gedankenaustausch, Vermittlung, Entspannung, Förderung der Entwicklung von Völkerrecht und Menschenrechten, Ermöglichung von Begegnungen und Verhandlungen, humanitäre Hilfen, usw.. Auferstehung ist möglich – und sinnvoll.

Stand: 2.6.2023

Gabriele Matzner war außenpolitische Mitarbeiterin von Bundeskanzler Bruno Kreisky, stellvertretende Leiterin des Völkerrechtsbüros im Außenministerium, Generalkonsulin in Berlin, stellvertretende Direktorin der Diplomatischen Akademie Wien, Botschafterin in der Slowakei, Tunesien und Großbritannien. Sie hat zahlreiche Publikationen zu internationalen Themen und Fragen der österreichischen Außen- Sicherheitspolitik verfasst.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZUR NEUTRALITÄT



Die Zeitschrift „International“ lud am 14.6.2023 zu einer Diskussionsveranstaltung über die Neutralität in die Diplomatische Akademie ein. Die am Podium vertretenen Meinungen zeigten die Bandbreite der Argumente, ob und in welcher Weise Österreichs Neutralität noch sinnvoll und sicherheitsrelevant ist. Die verfassungsrechtlichen Eingriffe zur Aushöhlung der Neutralität (Art. 23f und 23j) machen es den Kritikern leicht, auch den Rest der Neutralität in Frage zu stellen. Noch wird diese aber von der Mehrheit der Bevölkerung gut geheißen und im logischen Hausverstand als nützlich und sinnvoll erkannt.

Von links beginnend: Prof. Dr. Heinz Gärtner, General a.D. DI Mag. Günther Greindl, Dr.in Gabriele Matzner (Diskussionsleitung), BM a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager, Mag. Dr. Walter Feichtinger (Brig.i.R., CSA)

Foto: Archiv betrifft frieden

NICHT VERHANDELBAR - DER HUMANITÄRE IMPERATIV

MARTINA SCHLOFFER

Am 16. Juni 2023 fand im Festsaal der Uni Wien der '6. Humanitarian Congress Vienna' statt (Vorbericht in betrieft frieden 2/2023). Impulsreferate aus Politik und Wissenschaft sowie international besetzte Diskussions-Panels kreisten diesmal unter dem Titel 'non negotiable' um den Humanitären Imperativ und die Humanitären Prinzipien, die in einem Spannungsfeld der auf Krisen und Konflikte wirkenden Interessen unter Druck kommen. In der Folge nur einige Blickwinkel der vielschichtig diskutierten Themen:

Allen Menschen muss nach dem Maß ihrer Not geholfen werden, alle sind dabei gleich zu betrachten. Dieses Prinzip gerate immer wieder zwischen Interessen von kämpfenden Parteien und politische Interessen, seien es lokale, nationale oder internationale. Nur ihre Neutralität ermögliche es den Helfern, Zugang zu Menschen in Not zu bekommen, egal wo in einem Konfliktgebiet diese Menschen sind oder welcher Gruppe sie zugehören. Dafür muss mit allen kämpfenden Parteien laufend Dialog gehalten werden. Das werde oft missverstanden, doch die Neutralität müsse als notwendige Arbeitsmethode betrachtet werden, auch in schwierigsten Konfliktregionen zu arbeiten. Denn alle sollten die Hilfe erhalten, die sie brauchen.

Das verdeutlicht aber auch die Grenzen der Humanitären Hilfe: Sie konzentriert sich darauf, Leid auf allen Seiten eines Konfliktes zu verringern. Sie wird die Ursachen des Leids nicht beseitigen. Im Rahmen der Diskussion wurde hier der sogenannte Nexus-Ansatz betont: Hilfsgelder nicht nur für die Nothilfe, sondern immer in Kombination auch für Entwicklung und Friedensschaffung. Generelle Einigkeit herrschte, dass die großen Lösungen durch die Politik geschaffen werden müssten.

Ist manche Not gleicher? Politik und Medieninteresse beeinflussen die Höhe der Hilfsgelder für die jeweiligen Krisen. Die staatlichen- und EU-Geldgeber für Humanitäre Hilfe bemühten sich systematisch, auch Hilfe in vergessenen Krisen zu finanzieren, hieß es im Rahmen der Diskussionen, und auch die Hilfe für andere nicht zu reduzieren, wenn eine große Krise wie 2022 die Ukraine aufwalle. Dennoch sehe man im Ergebnis eine starke Ungleichverteilung der Mittel. Während die Hilfe für die Ukraine gut mit Mitteln ausgestattet sei, bekämen andere Krisen,

die es ebenso brauchten, viel zu wenig. Denn die Gelder fließen dorthin, wo politische oder Medieninteressen liegen. Die Vertreter der Hilfsorganisationen auf den Panels betonten hier die Wichtigkeit von Geldern ohne Zweckwidmung, sodass sie die Gelder schnell und flexibel, auf Basis der Not von Menschen disponieren könnten.

Das Thema **Lokalisierung** zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen: Ein dringendes Anliegen aller und dennoch in der Umsetzung weit hinter Plan. Lokale Organisationen und Strukturen verstehen die lokale Situation besser, haben in schwer zugänglichen Konfliktregionen manchmal bessere Möglichkeiten des Zugangs, gerade dann ist es aber oft auch schwierig für sie, unparteilich allen Menschen in Not zu helfen. In Vorsorge, langfristiger Entwicklung und Friedensarbeit könnten sie nachhaltiger und effektiver für ihre Bevölkerung da sein als internationale Strukturen. Dennoch fließen die Gelder immer noch eher an internationale Organisationen, die dann zwar lokalen Partnern die Umsetzung übergeben, jedoch selbst gegenüber Gebern für Finanzabrechnungen und Erfolgsmessung geradestehen. So würden Entscheidungsmacht und -verantwortung eben nicht abgegeben. Hier gibt es für alle Akteure noch viel zu tun.

Der letzte Panel des Tages hatte **Hunger als Kriegswaffe** zum Thema. Aushungern als nur eine, stellvertretend für verschiedenste, unmenschliche und durch Internationales Humanitäres Recht (IHL) verbotene Vorgangsweisen, von sexueller Gewalt bis hin zu Zerstörung von Infrastruktur, die für die Versorgung der Zivilbevölkerung nötig ist, wie erst kürz-



Humanitäre Hilfe wird koordiniert

Foto: Archiv betrieft frieden

6. HUMANITARIAN CONGRESS 2023

lich durch die Staudammsprengung in der Ukraine. Einhaltung des gegebenen Rechts stärken, das Recht weiter laufend verbessern, vor allem aber auch die Sanktionierbarkeit – entsprechende Gerichtsurteile – müssten verbessert werden. Es sei eine Verpflichtung der Staaten, hier auf andere Staaten effektiv Einfluss zu nehmen. Die Humanitären Helfer/innen, wenn sie den nötigen Zugang haben,

müssen hier dem humanitären Imperativ folgen und Hilfe leisten. Die notwendigen Lösungen – Frieden! - wie schon zu Anfang gesagt, könnten meist nur politisch geschaffen werden.

Martina Schloffer besuchte den Kongress und schildert für betrifft friedens ihre Eindrücke und Erkenntnisse.

VERANSTALTUNG

LANGE NACHT DER KIRCHEN 2023

Im Rahmen der Langen Nacht der Kirchen am 2.6.2023 in der evangelischen Gemeinde H.B. Zwinglikirche (1150 Wien) fand auf Initiative des Österreichischen Friedensrates eine hochkarätig besetzte Diskussion zur Atomwaffengefahr statt. Mag.a Nadja Schmidt (ICAN) beschrieb das erfolgreiche Handeln der Zivilgesellschaft zum Zustandekommen des Nuklearwaffenverbotsvertrages (TPNW) und die Veranstaltungen rund um die erste Staatenkonferenz zum TPNW 2022. Dr. Klaus Renoldner (IPPNW) ging auf die kurz- und langfristigen Folgen von Atomwaffenexplosionen ein und skizzierte den jahrelangen internationalen Kampf gegen Atomwaffen. In der augenblicklichen Weltlage sind wieder Verhandlungen, Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle gefragt, so Renoldner. Beide hofften, dass die Vorbereitungskonferenz betreffend des Nichtverbreitungsvertrages (31.7.-11.8.2023 in Wien) nicht zu neuen Nuklearwaffenstaaten führt, sondern Abrüstung ernst nimmt.



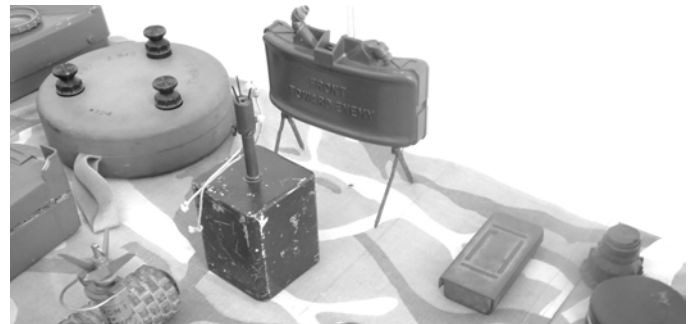
Klaus Renoldner (IPPNW), Nadja Schmidt (ICAN) und Moderator Wolfgang Machreich (ehem. Die Furche)

PETITION

Der Verein Gemeinsam gegen Landminen GGL Austria ersucht um Unterstützung einer Petition gegen den Minenkrieg in der Ukraine.

Es wird u.a. gefordert:

- Ein Ende des Einsatzes von Anti-Personen- und Panzerminen, sowie von Streumunition bei beiden Kriegsparteien.
- Die Einhaltung der Verpflichtung der Ottawa-Konvention gegen Antipersonen-Minen durch die Ukraine und den Beitritt der Ukraine zum Verbot von Streumunition und den Beitritt Russlands zu beiden Abkommen.
- Die Minenräumung in der Ukraine voranzutreiben und den Opfern zu helfen.
- Die Petition richtet sich an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, die Bundesregierung und an den Nationalrat mit dem Ersuchen entsprechend tätig zu werden.



Fotos: Archiv betrifft friedens

Die Petition kann online unterschrieben werden: <https://ggl-austria.at> und es können Unterschriftslisten ausgedruckt oder angefordert werden.

Kontakt: office@ggl-austria.at

INTERNATIONAL SUMMIT FOR PEACE IN UKRAINE VIENNA, AUSTRIA, June, 10TH / 11TH 2023

Am 10. und 11. Juni 2023 fand in Wien der Gipfel für Frieden in der Ukraine statt. Ursprünglich in den Räumlichkeiten der ÖGB-Zentrale geplant, musste diese internationale Tagung binnen kürzester Zeit in den Lorely-Saal (1140 Wien) verlegt werden. Nach massiven Anfeindungen gegen die Tagung und einer Bombendrohung warf der ÖGB die Veranstalter auf Grund von Interventionen der ukrainischen Botschaft und ukrainischer Gewerkschafter kurzerhand aus den Räumlichkeiten des ÖGB. Die Veranstalter, u.a. die Gruppe Abfang und das Intern. Peace Bureau, ließen sich nicht unterkriegen und führten einen schnellen Ortswechsel durch.

Bereits am Freitag davor fand als Auftakt ein hervorragender Kulturabend im Dritten Bezirk statt. Die Tagung selbst war ein großer Erfolg mit 320 teilnehmenden Personen und 500 Menschen im Livestream. Ein bunter Strauß an Statements, Vorträgen und Workshops wurde geboten. Es gab zwar unterschiedliche, teils divergierende Standpunkte, aber auch starke Solidarität zwischen den Teilnehmer/innen.

Globale Mobilisierungswoche (Samstag, 30. September – Sonntag 8. Oktober 2023)
Informationen zeitnah auf <https://www.abfang.org>

SCHLUSSEKTLÄRUNG

Frieden durch friedliche Mittel. Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen!

Wir, die Organisatoren des Internationalen Gipfels für Frieden in der Ukraine, fordern die Regierungen aller Länder auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine einzusetzen.

Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und Zivilgesellschaften, einschließlich Gläubigen in vielen Ländern, vertritt. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und es keine militärische Lösung in der derzeitigen Krise gibt. Wir sind zutiefst besorgt und traurig über den Krieg. Hunderttausende werden getötet und verletzt und Millionen wurden vertrieben und traumatisiert. Städte und Dörfer in der Ukraine sowie die natürliche Umwelt wurden zerstört.

Viel größeres Leid könnte entstehen, wenn der Konflikt zur Verwendung von Atomwaffen eskaliert – ein Risiko, das heute höher ist als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der Kubakrise.

Wir verurteilen Russlands illegale Invasion der Ukraine. Die Einrichtungen, die zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa eingerichtet wurden, versagten, und das Scheitern der Diplomatie führte zum Krieg. Jetzt ist Diplomatie dringend erforderlich, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.

Der Weg zum Frieden muss auf den Prinzipien gemeinsamer Sicherheit, Respekt für internationale Menschenrechte und Selbstbestimmung aller Gemeinschaften basieren.

Wir unterstützen alle Verhandlungen, die für die Logik des Friedens stehen und nicht für die Unlogik des Krieges.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die ukrainische Zivilgesellschaft, die ihre Rechte verteidigt. Wir verpflichten uns, den Dialog mit denen in Russland und Belarus zu stärken, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um sich gegen den Krieg einzusetzen und die Demokratie zu schützen.

Wir rufen die Zivilgesellschaft in allen Ländern auf, sich uns in einer globalen Mobilisierungswoche anzuschließen (Samstag, 30. September – Sonntag 8. Oktober 2023), um einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zur Beendigung dieses Krieges zu fordern.

Wien, 11. Juni 2023

„Wir müssen alle unseren Teil dazu beitragen, dass wir der Aufgabe des Friedens gewachsen sind.“

(Albert Einstein)

TERMINE

HIROSHIMA UND NAGASAKI GEDENKEN

>>> siehe Seite 2

PAX CHRISTI ÖSTERREICH

Franz Jägerstätter-Gedenken

8. und 9. August 2023 in St. Radegund und Tarsdorf. Infos: <https://www.paxchristi.at>

VOLKSSTIMMEFEST

2. und 3. Sept. 2023, Jesuitenwiese, Informationsstand

FRIEDENSINITIATIVE 22

Donaucitykirche, Donaucitystr. 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen, VIC) Pfarrzentrum (Zugang hinter der Busstation)

Themen in Ausarbeitung (Referat und Diskussion)

Di. 12. Sept. 2023, 19 Uhr, geplant: **Pater Albert Gabriel und das Projekt Gruff**

Di. 10. Okt. 2023, 19 Uhr, geplant: **Neutralität auf dem Prüfstand**

Mitteilung in eigener Sache:

Wir danken allen Bezieherinnen und Beziehern von betrifft frieden, die ihre MB oder Abos für 2023 eingezahlt haben und ersuchen alle anderen, der anstehenden Erinnerungsaktion aus Portoersparnisgründen zuvor zu kommen.

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42

In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Gerhard Kofler, Gabriele Matzner, Manfred Sauer, Martina Schloffer, Iwona Tscheinig
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100%
Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG

Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

pax.vienna@chello.at

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3/2023 P.b.b. MZ 20Z041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42